

# Podemos – eine neue Bewegung

## Referat auf einer Veranstaltung der „Société Louise Michel“ (Mai 2015 in Paris)

*François Sabado*

Podemos ist die Überraschung, die aus Spanien kommt, genannt worden. Und tatsächlich ist Podemos eine herausragende Überraschung für die unteren Klassen und ein Alptraum für die herrschenden Klassen im Spanischen Staat. Vor allem ist es aber eine so noch nicht dagewesene Bewegung.

Noch nicht dagewesen hinsichtlich der Schnelligkeit der Entwicklung einer politischen und WählerInnenbewegung:

- Es erhält zwischen 15 und 20 Prozent der Stimmen, was durch die letzten Kommunal- und Regionalwahlen bestätigt wurde;
- 200 000 Mitgliedschaften per Internet;
- 60 000 bis 120 000 Menschen beteiligten sich an den verschiedenen organisierten Abstimmungen;
- 20 000 bis 30 000 AktivistInnen nehmen an den Gruppen teil, in denen sich auch tausende von Menschen eingefunden haben, die zum ersten Mal an Kampagnen für die Kommunal- oder Regionalwahlen teilgenommen haben;
- über 120 000 Menschen folgten einem Aufruf von Podemos und beteiligten sich am 31. Januar 2015 an der Großdemonstration in Madrid.

Wir haben es mit einer nach oben zeigenden, massiven und schnellen Spirale zu tun. Schnell, denn diese Situation ist erst vor kurzem entstanden, kurz vor den Europawahlen vom Mai 2015.

So noch nicht dagewesen ist Podemos auch im Hinblick auf das Zusammenströmen von Kräften. Es entstand nicht aus einem inneren Umbau der Arbeiterbewegung oder der Linken noch aus dem Zusammenschluss von organisierten politischen Gruppen. Es handelt sich um ein Zusammenfinden von Persönlichkeiten: der Mannschaft für politische Kommunikation von Pablo Iglesias von der Universität Madrid, von Persönlichkeiten, die aus dem Eurokommunismus hervorgegangen sind, AnhängerInnen von Toni Negri, AnhängerInnen von Hugo Chávez – den OrganisatorInnen des CIM, des Internationalen Zentrums Miranda, eines Bildungszentrum des Chavismus, des linken Chavismus [in Caracas, Venezuela] –, hinzu kommt die Mitarbeit von Izquierda Anticapitalista [Antikapitalistische Linke, inzwischen Anticapitalistas, Organisation der Vierten Internationale im Spanischen Staat].

Unter diesem Gesichtspunkt vergleicht man häufig Syriza und Podemos miteinander. Bei diesen Organisationen gibt es einen gemeinsamen Punkt, der für die beiden Länder in Europa eine Besonderheit ist: diesen beiden Gruppen ist es gelungen, einen politischen Ausdruck für die Mobilisierungen der Gesellschaft gegen die Austeritätspolitik und die bestehenden Regierungen zu schaffen. Doch es gibt auch Unterschiede: Syriza ist das Produkt einer langen Geschichte, einer Reorganisation der Kräfte der Arbeiterbewegung, der Jugend, der Globalisierungskritik, wobei Strömungen unterschiedlicher Herkunft zusammengekommen sind, vor allem solche, die aus der Kommunistischen Partei und dem, was „Eurokommunismus“ genannt worden ist, gekommen sind, trotzkistische Strömungen und verschiedene Teile der kritischen Linken.

Im Unterschied dazu ist Podemos außerhalb der traditionellen Linken entstanden und ist, obwohl es großen Einfluss auf sozialistische, kommunistische und gewerkschaftliche GenossInnen hat, kein Ergebnis einer Umgruppierung der Arbeiterbewegung.

- Seine Kraft besteht darin, dass es Ausdruck der Radikalisierung eines wichtigen Teils der Gesellschaft ist, insbesondere der Jugend.
- Seine Schwächen und Brüche stammen auch aus seiner Jugend, der relativen Unerfahrenheit, den Schwierigkeiten bei der Organisation.

## 1. Podemos in seinem Verhältnis zur Lage in Spanien begreifen

Man kann Podemos nicht verstehen, wenn man nicht die Besonderheiten der Krise im Spanischen Staat kennt:

- a) Die Tiefe der Wirtschaftskrise: Es gibt 25 % Arbeitslose, bei den jungen Menschen 40 % – eine starke Abwanderung, einen Einbruch der Kaufkraft um 17 %, eine massive Verarmung der LohnempfängerInnen und der Kleinbourgeoisie. Was in einigen Fällen mehr schlecht als recht durch die Solidarität der Familien kompensiert wird.
- b) Sodann das Entstehen von sozialen und soziopolitischen Bewegungen in Gestalt des 15-M, der Bewegung der Empörten [*indignados* und *indignadas*], die am 15. Mai 2011 begann und danach von den Märschen für die Würde abgelöst worden ist, den „mareas“ [wörtlich: Ebbe und Flut, Gezeiten; auch: Menschenmenge], den weißen Mareas im Gesundheitsbereich, die grünen im Bildungswesen, nationalen Streiktagen, Mobilisierungen im Gesundheitswesen, Mobilisierungen gegen die Vertreibung von Menschen aus ihren Wohnungen [weil sie die Kredite nicht mehr abzahlen konnten, A.d.Ü.], was sich vor allem gegen die Banken richtete. In Burgos gab es im Stadtteil Gamonal massive Proteste gegen den Umbau einer Allee.
- c) Der Ausbruch einer Krise der „*transición*“, also des Übergangs von der Franco-Diktatur zur „Demokratie“, der 1978 begann: Die Krise führte zum Zusammenbruch der Politik der Sozialpakte zwischen den Gewerkschaften und den Bossen; außerdem die Korruption und die Geschäfte, die das politische Institutionengebäude rissig werden ließen; die Formen des Rücktritts des Königs haben die Panik in den Spitzen des Staates gezeigt. Das Problem der Nationalitäten mit der Krise in Katalonien und den anderen Nationalitäten hat das Regime ebenfalls geschwächt. Es waren die kombinierten Wirkungen der sozialen und der politischen Krise, die zu einer Krise der gesellschaftlichen Legitimation und der Institutionen der herrschenden Klassen (die Podemos „die Kaste“ nennt) geführt haben, die der Bewegung der Empörten und den gesellschaftlichen Mobilisierungen eine demokratische politische Dynamik verschafft haben mit der Forderung nach „wirklicher Demokratie“ [*democracia real*] und die die Staatsmacht in verschiedenen Formen in Frage gestellt haben: Kritik und Infragestellung der Entscheidungen der Banken, Gegenwehr gegen Vertreibungen, Debatten in der Bevölkerung, wie demokratische Entscheidungen anders ausgeübt werden können usw.
- d) Das Zusammentreffen einer wirtschaftlichen und politischen Krise führte zu einer Krise des Zweiparteiensystems, die mit den Kommunal- und Regionalwahlen offen ausgebrochen ist. Die PP [Partido Popular, Volkspartei] erhielt 27 % der Stimmen (6 Millionen), doch verlor sie 2,5 Mio. im Vergleich zu den Wahlen von 2011; die PSOE [Partido Socialista Obrero Español, Spanische Sozialistische Arbeiterpartei] erhielt 25 % (5,5 Mio.), verlor jedoch 775 000 Stimmen. Podemos gelang bei der ersten Teilnahme an dieser Art von Wahlen ein Durchbruch und erhielt zwischen 15 und 20 % der Stimmen. Ciudadanos – das sich als eine Art „Podemos von rechts“ gebildet hatte – erhielt 6,5 % (1,5 Mio.). Izquierda Unida, das von der Spanischen Kommunistischen Partei geführte Bündnis, wurde erheblich geschwächt und wird nicht mehr als eine der vier politischen Kräfte angesehen, die zählen. Statt eines Zwei- haben wir nun ein Vierparteiensystem.
- e) Wenn man die Wahlergebnisse auf die nationale Ebene hochrechnet, kommt man zu folgender Sitzverteilung: PP 120 Sitze (minus 66), PSOE 108 (minus 2), Podemos 37, Ciudadanos 18. Daher ist die Lage völlig offen: Werden die Wahlen vom November noch vorgezogen? Gibt es eine besondere Dynamik, die Podemos noch über die 20 % tragen könnte? Die Wahlergebnisse in Madrid und Barcelona könnten Podemos in der Tat neuen Auftrieb verschaffen.

## 2. Die positive Dynamik von Podemos

Wir sind in eine neue politische Phase eingetreten, mit neuem Kräfteverhältnis und der Eröffnung neuer politischer Möglichkeiten auf der Basis einer Politik, die zu einem Bruch im spanischen Gleichgewicht geführt hat:

Podemos drückt aus: a) die Ablehnung der Sparpolitik, b) die Souveränität des Volks, c) die Idee eines Prozesses für eine neue Verfassung durch eine Konstituante [Verfassungsgebende Versammlung] und d) eine Bewegung gegen die „Kaste“ außerhalb des Systems.

Es handelt sich um eine radikal antisystemische Kraft, die sich in die Perspektive der Veränderung stellt, wobei Mobilisierung mit Übernahme der Macht durch Wahlen, durch Reformen des Staates verbunden wird. Von daher gibt es Stärken und Schwächen bei diesem Vorgehen: das Programm ist gegen die Austerität gerichtet, es verbleibt jedoch mehr oder weniger im Rahmen des Keynesianismus, dadurch dass es sich auf eine radikale Umverteilung des Reichtums und die notwendigen Eingriffe in das Eigentum der Schlüsselsektoren der Wirtschaft beschränkt. Es spricht vom Problem der Gesellschaftsveränderung, aber ausgehend vom Staat.

Dieser radikale Reformismus wird auch durch lateinamerikanische Erfahrungen (Venezuela, Ecuador, Bolivien) inspiriert, wo der Staat den Widerstand gegen den US-Imperialismus zumindest teilweise unterstützt hat. Das Problem bei dieser Konzeption besteht darin, dass wir uns in einem Staat des imperialistischen Zentrums befinden und nicht in einem lateinamerikanischen, vom US-Imperialismus beherrschten Staat. Der Staat stellt ein direktes Instrument der herrschenden Klassen dar, der mit dem internationalen Kapital und vor allem den Institutionen der Europäischen Union verbunden ist.

Die Konzeptionen einer gesellschaftlichen Transformation, die vom Staat ausgehen soll, und die populistischen oder eurokommunistischen Bezugspunkte können dem Reformismus zugerechnet werden. Doch Podemos kann man nicht einfach dem klassischen Reformismus der traditionellen Parteien der Linken zuordnen. Wir haben es nicht mit traditionellen bürokratischen Apparaten zu tun. Der Reformismus mit seiner materiellen Basis, wie es ihn etwa in der Sozialdemokratie und den reformistischen Gewerkschaften gibt, hat sich noch nicht verfestigt. Dies eröffnet Räume und neue Möglichkeiten. Die Linien können sich noch bewegen.

### **3. Eine neue strategische Reflexion ist nötig**

In der heutigen Etappe besteht das substantiellste Problem darin, das taktische und strategische Schema zu überdenken, das in der Führungsscrew von Podemos vorgeherrscht hat.

Das grundlegende Schema von Pablo Iglesias lautet wie folgt: Man muss quasi eine Art „Blitzkrieg“ organisieren, um bei den Wahlen im November 2015 die Mehrheit im Parlament zu erobern. Die Schnelligkeit der Entwicklung hat sie dazu gebracht, ihre Politik um die Idee des „Gewinns“ herum zu organisieren, eines schnellen Gewinns, auf der Grundlage eines schnellen Zusammenbruchs der traditionellen Parteien; daher sei eine hyperzentralisierte „Wahlmaschine“, daraus ergaben sich die Entscheidungen der Führungsgruppe bei der Tagung von Podemos [gemeint ist die „*Asamblea Ciudadana, Sí se puede*“ vom 18./19. Oktober 2014 in Madrid, in traditioneller Ausdrucksweise: der erste Parteitag]. Jedenfalls hat dieses Schema dazu gedient, die Argumentation gestützt, der Pluralismus sei zu begrenzen und auf der Podemos-Tagung bei der Wahl der Leitungsorgane einheitliche Listen durchzusetzen, auf der Grundlage eines national-popularen Programms mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner.

Die Realität bestätigt dieses Schema nicht oder führt zu einigen Nuancen in Bezug auf seine Gültigkeit. Die Krise in Spanien ist in der Tat tiefgreifend, vor allem die Jugendarbeitslosigkeit, aber Spanien ist nicht Griechenland. Sein Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung, die produktive Basis, sein Bankensystem usw. sind deutlich anders. Das Land wurde durch die Austeritätspolitik angegriffen, aber nicht ausgeblutet wie Griechenland.

Auch ist der Staat nicht wie in Griechenland aus den Fugen geraten. Die PSOE hat bislang nicht einen Prozess der „Pasokisierung“ durchgemacht. Sie liegt weiter bei 25 %. Die Bourgeoisie verfügt nach wie vor über einen gewissen Manövrierspielraum: Die PP ist auch weiterhin die stärkste Partei; die PSOE ist nicht dabei zu zerfallen; Ciudadanos kann, auch wenn es nicht die erhofften Wahlergebnisse bekommen hat, durch Bündnisse mit anderen Parteien durchaus für den Erhalt des bestehenden Regimes ins Gewicht fallen; unter diesen Bedingungen ist eine von Podemos geführte Regierung nach den

kommenden Wahlen wenig wahrscheinlich. Daher sind viele Kombinationen möglich: von „Unregierbarkeit“ bis hin Bündnissystemen, die eine Kontinuität des Regimes sicherstellen.

Somit muss das Projekt des letzten Kongresses von Podemos einer Revision unterzogen werden: Ein Durchmarsch mit einer Wahlmaschine, die die Wahlen auf der Grundlage eines Minimalprogramms gewinnt, kann bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen nicht funktionieren. Die Diskussion muss mit neuen taktischen und strategischen Reflexionen angereichert werden, bei denen ein „Stellungskrieg“ mit politischen Beschleunigungen miteinander kombiniert werden.

#### **4. Minimalprogramm und Dynamik des Bruches**

Die Führung von Podemos (und insbesondere Pablo Iglesias) hat große Fähigkeiten bei Entscheidungen über die Konzentrierung des politischen Kampfs, in Bezug auf die Fähigkeit zur politischen Kommunikation und vor allem bei der Zielsetzung „des Aufbaus einer national-popularen Bewegung gegen die Kaste“ bewiesen. Einer ihrer Kronzeugen ist Ernesto Laclau\*, der argentinische Philosoph, der den Begriff des „Populismus“ auf der Grundlage der Erfahrungen mit Juan Perón theoretisiert hat. Laclaus Populismus verfolgt das Ziel, die nationale Gemeinschaft auf der Basis eines kleinsten gemeinsamen Nenners um einen Führer herum zu versammeln. Diesen Ansatz hat der Chavismus ihm zufolge aktualisiert. Diese Bezüge haben als Grundlage für eine Strategie der Sammlung um „flottierende Signifikanten“ [in etwa: wechselnde Zeichen] herum gedient, also allgemeine Bezugspunkte, die das Volk zusammenführen und als Volk konstituieren können. Es sind dies die Begriffe der nationalen Souveränität, der Gerechtigkeit, der sozialen Rechte, des allgemeinen Interesses.

Pablo Iglesias kennt die Geschichte der russischen Revolution und versucht diese Strategie auf radikalere Weise zu interpretieren; er ging soweit, eine Parallele zu den Slogans der Bolschewiki „Brot, Frieden, Freiheit, Land“ zu ziehen. Bei diesem Ansatz gibt es zwei Fragen, die man auseinander halten muss. Das erste Anliegen besteht, durchaus zurecht, in dem Versuch, das politische Programm einer Partei in einigen Forderungen oder Losungen zusammenzufassen. Ich werde von einigen kritisiert werden, doch meine ich, dass die Führung von Podemos Recht hat, wenn sie mit vollgestopften, zu detaillierten Programmen brechen möchte. Doch die zweite Frage besteht darin, die in Bezug auf einige Dimensionen dieser Politik von Podemos diskussionswürdig ist, dass im Namen der Vereinfachung einige Forderungen abgeschwächt werden, weil sie „die Gemeinschaft“ spalten oder zu Klassenseinandersetzungen im weiteren Sinn führen würden. Diese reduzierte Konzeption kann dazu führen, dass bestimmte Schlüsselprobleme einfach ausgeblendet werden, beispielsweise die folgenden Fragen: Schuldentilgung – ja oder nein? Wie soll das Bankensystem organisiert sein? Soll Eigentum verstaatlicht werden? Diese reduzierte Konzeption kann auch dazu führen, dass wichtige Fragen außer acht gelassen oder unterschätzt werden, etwa die der Nationalitäten oder des Rechts auf Abtreibung. Wenn man auf eine oder zwei zentrale Forderungen konzentrieren muss, dann müssen die das Bindeglied sein zwischen dem, was Millionen von BürgerInnen und ArbeiterInnen fühlen, und einer anderen Logik, die mit der kapitalistischen Sparpolitik, mit der Macht der herrschenden Klassen zu brechen beginnt.

Vor allem jetzt nach dem Auftreten von Ciudadanos, dem „Podemos von rechts“ sind klarere Bestimmungen gefragt. In der Führung von Podemos hat es eine Debatte um die Vorstellung „Besetzung des Zentrums oder des Gravitationszentrums des politischen Lebens“ gegeben. Dabei stehen sich zwei Ansätze gegenüber: im Ungefähren oder bei einem „ungefähren Signifikanten“ verbleiben, um Stimmen in der Mitte zu gewinnen, praktisch heißt das das Programm herunterkochen – oder aber man legt den Akzent auf die Notwendigkeit einer Antwort auf die Krise des kapitalistischen Systems und nicht nur auf die finanzielle Korruption und führt das eigene gesellschaftliche Lager zusammen, also die Lohnabhängigen, die Arbeitslosen, die unteren Klassen und „das Volk der Linken“, vor allem auch im Hinblick auf die Mitte-Rechts-Politik von Ciudadanos. Auf alle Fälle kam es auf die Bestimmung eines Plans für den Kampf gegen die Austerität an. Was Pablo Iglesias gegen Ende des Wahlkampfes auch getan hat, als er den Akzent mehr auf das Podemos vom Anfang gelegt hat. Er hat von einem

linken Populismus gesprochen und nicht einfach von Populismus, wie das Íñigo Errejón, ein anderes Führungsmittglied von Podemos, tut.

## 5. Über den Begriff des Volks

Auch der Begriff des Volks bietet Stoff für Diskussionen. Wenn es dabei um eine allgemeine Formel geht, die sich auf die unteren Klassen bezieht, und um „das Volk gegen die Kaste“ [*el pueblo contra la casta*] oder die unten gegen die oben usw. geht und wenn man damit versucht, die Attribute der Linken zu vermeiden, die durch die Führungen der traditionellen Linken diskreditiert sind, zu vermeiden – warum nicht?

Wenn aber der Volksbegriff darauf abzielt, nicht mehr in Konfrontation und Begriffen des Klassenkampfes im weiteren Sinn zu denken, die Kämpfe nicht mehr in Gestalt spezifischer, doch um den Kampf gegen das kapitalistische System gebündelter Subjekte zu denken – dann ist das doch ausgesprochen problematisch. Eine andere Klippe, die man sehen muss, ist ein Begriff des Volks, der an die Stelle der Parteien, Organisationen und Verbänden tritt. Wir haben jedoch gesehen, dass die Realität der Kommunalwahlen Podemos eine Politik des Zusammengehens aufgedrängt hat. Aufgedrängt – denn die Leitung von Podemos wollte zunächst keine Teilnahme an diesen Wahlen. Sie hat entsprechende Koalitionen toleriert, aber – List der Geschichte – diese Listen haben gute Ergebnisse erzielt. Sie haben sogar zur Ausweitung des Einflusses von Podemos geführt. Und hat sogar einen Aufbau von unten gegeben, was unsere GenossInnen „Volkseinheit“ [*unidad popular*] genannt haben, mit repräsentativen Versammlungen, bei denen die Listen aufgestellt und der Wahlkampf organisiert worden ist. Es war schon zu sehen, dass das in Madrid zu einer sehr positiven Dynamik geführt hat, aber auch in Barcelona, Cadiz, Saragossa und anderen Städten.

## 6. Und die nationale Frage

Die nationalen Fragen (in Katalonien, im Baskenland, in Galizien) sind zentrale Fragen in einem Staat, in dem es keine bürgerliche Revolution gegeben hat und in dem somit nicht die Bedingungen für die Schaffung eines einheitlichen Staats gegeben waren. Das ist nicht die Ansicht der Führung von Podemos. Wenn Iglesias von nationaler Souveränität oder einem konstituierenden Prozess spricht, dann denkt er an Spanien und nicht an die Nationen in Spanien. Den konstituierenden Prozess geht er als Bruch mit der Verfassung von 1978 an, er integriert dabei aber nicht konstituierende Prozesse auf Ebene der katalanischen und der baskischen Nationalität. Er vertritt nicht explizit das Recht auf Selbstbestimmung dieser Nationalitäten. Er sagt, es sei Sache der KatalanInnen, über ihr Schicksal zu bestimmen, doch er sagt nichts weiter, in welchen Formen das geschehen kann. Er sagt sogar, er sähe es gerne, wenn sie im Spanischen Staat verblieben. Und in der Tat ist die nationale Fragen in Katalonien und im Baskenland eine Frage, die zu Spannungen im Lager des Volkes führt; einerseits ist ein Teil der unteren Klassen für die Unabhängigkeit, andererseits teilen vor allem die aus anderen Regionen von Spanien, vor allem aus Andalusien, zugewanderten MigrantInnen diese Gefühle nicht. Man muss also Wege des Zusammenführens finden und gleichzeitig diese Differenzen im Hinterkopf haben.

Eine Politik, die alle Volksklassen mit all ihren Sensibilitäten in einem sozialen und politischen Block zu vereinen sucht, muss vom Recht auf Selbstbestimmung ausgehen. Sie muss es zulassen, dass die Frage der Unabhängigkeit gestellt wird, ohne dass sie zur Vorbedingung für den Zusammenschluss gemacht wird. So haben es die wichtigsten Führungsleute von „Barcelona en Comú“ gemacht, vor allem Ada Colau [die neue Bürgermeisterin von Barcelona, A.d.Ü.]. Es wäre höchst bedauerlich, wenn es den fortschrittlichen Kräften in Katalonien nicht gelänge, ein Bündnis zu bilden, das „Barcelona en Comú“ und die nationalistischen AntikapitalistInnen der CUP [Candidatura d’Unitat Popular] einschließt, wenn letztere sich im Namen der Unabhängigkeit weigern würden, einen gemeinsamen Block gegen die Austerität aufzubauen. Man muss also über die Bedingungen für solch ein Bündnis diskutieren.

## 7. Welche Bündnispolitik?

Auch die Frage der Bündnisse ist kompliziert. Die Perspektive einer von Podemos-Regierung stellt sich aktuell nicht; daher muss man eine Einheitspolitik definieren, die die Bestrebungen derer unten berücksichtigt.

Gegenwärtig hat die Leitung von Podemos zwei große politische Grundlinien ausgegeben:

- Zunächst alles zu tun, um die Volkspartei (PP), eine Partei, die rechte und extrem rechte Kreise umfasst, aus der Regierung zu vertreiben. Um eine Idee der heftigen Auseinandersetzungen mit der PP zu bekommen: Die [scheidende] Bürgermeisterin von Madrid ruft die BewohnerInnen auf, gegen den „Kommunismus“ und „gegen die Sowjets“ aktiv zu werden. [Sie wurde trotzdem abgewählt, A.d.Ü.] Die soziale und politische Polarisierung ist also stark ausgeprägt.

- Die zweite Grundlinie besagt, dass man jede Beteiligung an einer Regierung mit der PSOE, der zweiten Partei der Austerität und der „Kaste“, auf regionaler oder kommunaler Ebene verweigert. Diese Politik ist fundamental, denn wenn sich Podemos als Juniorpartner in von der PSOE beherrschte Koalitionen begeben würde, würde dies das Ende seines Alleinstellungsmerkmals bedeuten: seiner Ablehnung der Kaste und seiner Systemferne, daraus bezieht Podemos seine Kraft.

Sind diese beiden grundlegenden Prinzipien klargestellt, so ergeben sich viele Fälle, bei denen es um die Besetzung von Bürgermeisterämtern oder den Vorsitz von regionalen Exekutiven geht. Abkommen zur Verhinderung von BürgermeisterInnen der PP oder über die Wahl von BürgermeisterInnen von Podemos werden sicher von Fall zu Fall diskutiert werden. In Andalusien haben Podemos und Teresa Rodríguez Mindestbedingungen verlangt, damit sie einer andalusischen Regierung ins Amt verhelfen könnten: Null Korruption, Umschichtung des Haushalts hin zu Gesundheits- und Bildungsausgaben und Bruch der Region Andalusien mit den Banken, die Menschen aus ihren Wohnungen vertrieben haben. Die PSOE hat sich geweigert und deswegen gab es eine Blockade. Man muss Verantwortung übernehmen und das Mandat umsetzen, das die WählerInnen erteilt haben, aber man darf sich nicht mit der Kaste oder Teilen davon gemein machen, etwa durch Regierungsbündnisse mit der PSOE.

## 8. Welche Strukturen für eine neue politische Formation?

Schließlich stellen sich die Probleme einer Reorganisation von Podemos. Die Komplexität der gegenwärtigen Lage bringt das Problem der Strukturierung einer neuen Formation auf die Tagesordnung, einer Art Partei, die Organisation und die Koordination der Zirkel, die Organisation der politischen Aktionen und nicht nur der Kommunikation, die Organisation der Debatten und des politischen Pluralismus in Podemos. Hier gibt es übrigens ein Paradox: einerseits das libertäre Gebaren des 15-M und der soziopolitische Dynamik in Spanien und andererseits der Versuch der Hyperzentralisierung um den führenden Kopf und die Wahlmaschine herum. Doch auch hier ist die Realität komplexer, denn die Mitglieder von Podemos möchten ihre Vertretung haben. Beispiele: Teresa Rodríguez in Andalusien, das Bündnis in Madrid, die VertreterInnen in Saragossa, in Barcelona.

Vor allem aber haben die Kommunalwahlen für Podemos eine neue Lage geschaffen. Durch Anstoßgeben zu oder die Beteiligung an Einheitsbündnissen, mit der Organisation von repräsentativen Versammlungen, auf denen KandidatInnen für die kommunalen Wahllisten gewählt werden und über die örtlichen Programme diskutiert wird, könnten diese Wahlen eine neue Phase im Aufbau einer Bewegung für die Volkseinheit darstellen. Nach diesen Wahlen geht es nun darum, dass die neuen MandatsträgerInnen von Podemos ihre organisatorischen Fähigkeiten unter Beweis stellen, vor allem aber Stützpunkte für die Herstellung von Verbindungen mit den Kämpfen und den sozialen Bewegungen darstellen. Und zwar umso mehr, als die Institutionen nicht neutral sind, wie unsere GenossInnen von Anticapitalistas in Erinnerung gerufen haben, und dass zahlreiche Fallen gestellt werden, damit die MandatsträgerInnen sich „institutionalisieren“. So gesehen stellt die Anforderung, dass die Gehälter der MandatsträgerInnen 1930 Euro nicht überschreiten sollen, eine wichtige Maßnahme dar, damit sie BürgerInnen und Lohnabhängige wie die anderen bleiben.

Zu der Frage nach einer Wende für Europa: Ich habe betont, dass die Lage in Griechenland und im Spanischen Staat jeweils Besonderheiten aufweist, doch stellen das Ausmaß der Krise in Spanien und die Entwicklung einer radikalen Alternative von unten eine Veränderung für die Lage in Europa dar. Natürlich lassen sich die Situationen nicht reproduzieren, doch die Welle von Podemos hat zu großer Aufmerksamkeit nicht nur in aktivistischen Kreisen, sondern auch in der Jugend und darüber hinaus geführt. Dies zeigt, dass eine Änderung möglich ist, dass die Austeritätspolitiken blockiert werden und vor allem dass neue politische Kräfte für Gerechtigkeit und Gleichheit auftreten können.

Übersetzung aus dem Französischen: Paul B. Kleiser; Bearbeitung: Wilfried Dubois

Dieser Text beruht auf dem Einleitungsreferat, das François Sabado, Mitglied der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) und des Büros der Vierten Internationale, am 28. Mai 2015 auf einer Veranstaltung mit dem Titel „Podemos, die Überraschung aus Spanien!“ gehalten hat, die von der von Daniel Bensaid initiierten „Société Louise Michel“ organisiert wurde.

Text auf Französisch:

„L'expérience de Podemos dans l'Etat espagnol, son originalité, ses défis“,  
<http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article35058>

Videoaufzeichnung der von Charles Michaloux moderierten Veranstaltung unter dem Titel „Podemos, la surprise venue d'Espagne!“: <https://www.youtube.com/watch?v=EMC9zC3Z72U> (Einleitung);  
<https://www.youtube.com/watch?v=HBIXRyLHZdw> (Diskussion)

„The experience of Podemos in the Spanish State, its originality, its challenges“,  
<http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article4092>

---

\* Ernesto Laclau (1935–2014) war ein argentinisch-britischer Intellektueller, der theoretische Positionen des Poststrukturalismus vertrat und sich seit den 1980er Jahren dem Postmarxismus zurechnete.

Er trat 1958 der Argentinischen Sozialistischen Partei (PSA) bei und schloss sich der Strömung „Izquierda Nacional“ an, deren bekanntester Theoretiker der vom argentinischen Trotzismus kommende Jorge Abelardo Ramos (1921–1994) war und die für die lateinamerikanischen Halbkolonien oder „lateinamerikanische Nation“ die „nationale Sache“ als zentral betrachtete und für eine Verknüpfung des Kampfs der Arbeiterklasse mit den Bestrebungen der „nationalen Bourgeoisie“ eintrat; sie spaltete sich 1963 von der PSA ab und bildete eine „Partido Socialista de la Izquierda Nacional“; E. Laclau gehörte bis 1968 zu der Leitung und arbeitete für die Wochenzeitung und die theoretische Zeitschrift der PSIN. Ab 1969 verbrachte er den größten Teil seines Lebens in England und schlug eine akademische Laufbahn als politischer Theoretiker ein. Er arbeitete über Staatstheorie, Ideologie, Faschismus, Populismus, entwickelte das Projekt einer radikalen und pluralen Demokratie und kritisierte den angeblichen Ökonomismus des Marxismus.

Seine Schriften wurden in zahlreiche Sprachen übersetzt und im deutschen Sprachraum in Sozial- und mehr noch in Kulturwissenschaften aufgegriffen. Zu den wichtigsten Werken gehören das zusammen mit seiner aus Belgien stammenden Ehefrau Chantal Mouffe verfasste Buch (*Hegemony and Socialist Strategy – Towards a Radical Democratic Politics*, London: Verso, 1985; dt.: *Hegemonie und radikale Demokratie – Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien: Passagen, 1991) sowie das Buch *On Populist Reason* (London u. New York: Verso, 2005), in dem er die Impulse aus den Wahlsiegen von Hugo Chávez und anderen Vorkämpfern der „Linken“ in Lateinamerika zu interpretieren suchte.

Eine Würdigung von Robin Blackburn: <http://www.versobooks.com/blogs/1556-ernesto-laclau-1935-2014>.

Zum Werk des jungen E. Laclau: Omar Acha, „El marxismo del joven Laclau (1960–1973): una antesala del postmarxismo“, in: *Herramienta*. Revista de debate y crítica marxista, Buenos Aires, Jg. XVIII, Nr. 56, Herbst 2015, <http://www.herramienta.com.ar/revista-herramienta-n-56/el-marxismo-del-joven-laclau-1960-1973-una-antesala-del-postmarxismo>.

Im Anschluss an Ralph Milibands Kritik an dem „neuen Revisionismus“ gewisser britischer „sozialistischer“ Positionen, die das Trauma der Hegemonie des Thatcherismus durch eine Absage an traditionelle Ideen der Linken, insbesondere an „Klassenpolitik“, zu verarbeiten suchten, hat Ellen Meiksins Wood scharfe Kritik an dem „neuen ‚wahren‘ Sozialismus“ von E. Laclau und Ch. Mouffe und anderen „Post-MarxistInnen“ geübt, für die Diskurs und intellektuelle Produktion alles, die Lohnarbeiterklasse, Klassenkämpfe, Politik und Geschichte nichts seien (R. Miliband, „The New Revisionism in Britain“, in: *new left review*, London, Nr. 150, März/April 1985, S. 5–26; E. Meiksins Wood, *The Retreat from Class. A New ‚True‘ Socialism*, London u. New York: Verso, 1986, insbes. Kapitel 3 und 4; 2. Ausg. 1998). – Anm. d. Bearb.